



Jünger wählen?

Argumente der aktuellen Debatte über eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre

Natalie Klausner

- › Vertreterinnen und Vertreter verschiedener politischer Parteien fordern eine generelle Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Stimmen aus den Unionsparteien äußern rechtspolitische Bedenken und verweisen auf eine fehlende Dringlichkeit.
- › Die Absenkung des Wahlalters ist seit langem ein Thema. 1970 wurde das aktive und 1975 das passive Wahlalter auf 18 gesenkt. Weitergehende Forderungen für eine weitere Absenkung oder die Abschaffung des Wahlminimumalters werden seitdem von verschiedenen Interessengruppen immer wieder aufgebracht.
- › Als Argumente in der jetzt wieder aufkommenden Diskussion werden vor allem das politische Interesse junger Menschen und die partizipationsfördernde Wirkung eines niedrigen Wahlalters angeführt.
- › Gegen das Wahlalter ab 16 wird mit fehlender politischer Reife der Heranwachsenden, mit der Notwendigkeit einer Koppelung von Wahlrecht und Volljährigkeit sowie mit fehlendem Interesse in der Bevölkerung argumentiert.
- › Eine Absenkung des Wahlalters ist regelmäßig Gegenstand öffentlicher Diskussionen und oft mit der Hoffnung auf die Erschließung neuer Wählergruppen verbunden.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	2
2. Historische und rechtliche Entwicklung der Diskussion in Deutschland	3
3. Unterschiedliche Forderungen zur Wahlalterabsenkung	4
4. Pro-Argumente	4
5. Kontra-Argumente	6
6. Schlussüberlegungen	7
Impressum	11

1. Einleitung

1972 konnten erstmalig 18-Jährige an der Bundestagswahl teilnehmen, nachdem das aktive Wahlalter in Deutschland 1970 von 21 auf 18 Jahre gesenkt worden war. Seitdem flammt die Debatte um eine weitere Absenkung des Wahlalters in der Öffentlichkeit in regelmäßigen Abständen immer wieder auf. In einem Interview mit der Nachrichtenagentur dpa forderte Bundesfamilienministerin Franziska Giffey Ende Juli 2020 eine Senkung des passiven und aktiven Wahlalters auf 16 Jahre für alle Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen und Grünen-Chef Robert Habeck, SPD-Bundesvorsitzende Saskia Esken, die Linkspartei sowie die FDP unterstützen diese Forderung.¹ Bundesjustizministerin Christine Lambrecht, die den Vorstoß ebenfalls befürwortet, deutet auf einen möglichen Grund vonseiten der SPD hin, die Diskussion um das Wählen ab 16 erneut zu befeuern: Die Forderung der Wahlaltersenkung wird voraussichtlich in das Wahlprogramm der SPD für die Bundestagswahl 2021 aufgenommen.²

Kritische Stimmen aus der CDU/CSU-Fraktion verweisen auf eine fehlende Notwendigkeit sowie eine nicht vorhandene Dringlichkeit einer Wahlaltersenkung, äußern rechtspolitische Bedenken und sprechen sich für eine Beibehaltung der aktuellen rechtlichen Regelungen zum Wahlalter aus.³ Es wird außerdem angemerkt, dass insbesondere die Grünen glauben, dass sie von einer Wahlaltersenkung profitieren würden. In diesem Zusammenhang wird politisches Kalkül auf Seiten der befürwortenden Parteien vermutet. Auf Twitter bezeichnete Wirtschaftsminister Peter Altmaier die FDP – als Antwort auf die Bekanntmachung von FDP-Politiker Konstantin Kuhle, MdB, dass seine Partei sich nun auch für das aktive Wahlalter ab 16 ausspreche – als „Wahlhelfer der Grünen“. ⁴ Die Vermutung, dass wahltaktische Überlegungen hinter dem Vorschlag der Wahlaltersenkung stehen, wird auch von dem Demokratieforscher und Befürworter des Wahlrechts ab 16 Robert Vehrkamp von der Bertelsmann Stiftung geäußert.⁵

Bislang müssen deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger das 18. Lebensjahr vollendet haben, um bei den Bundestags- und Europawahlen wählen zu dürfen (aktives Wahlrecht) sowie bei den Bundestags-, Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen gewählt werden zu können (passives Wahlrecht). Bremen (2009), Hamburg (2011), Brandenburg und Schleswig-Holstein (2013) haben das aktive Wahlrecht mit 16 für Landtagswahlen eingeführt. An Kommunalwahlen können 16-Jährige bereits in elf Bundesländern teilnehmen.⁶

In Bezug auf das Thema Wahlalter wurden in der Bundesrepublik bereits diverse gesellschaftlich-politische Debatten geführt. Da die im Bundestag vertretenen Parteien Bündnis 90/Die Grünen, die Linke, SPD und jüngst die FDP ihre Unterstützung für die bundesweite Absenkung des Wahlalters zum Ausdruck gebracht haben, ist mit einer baldigen Gesetzesinitiative zu dieser Forderung zu rechnen. Wenngleich eine mögliche Wahlrechtsänderung

SPD, Grüne, Linke
und FDP wollen bundesweite Absenkung
des Wahlmindestalters.

Skepsis in der Union

Die aktuelle
Rechtslage

Thematisierung im
Bundestagswahlkampf
geplant

und somit das „Wählen ab 16“ vor der Bundestagswahl 2021 voraussichtlich noch nicht angegangen wird, so dürften entsprechende politische Forderungen Eingang in die Wahlprogramme der vorgenannten Parteien finden und im Wahlkampf thematisiert werden.

Um eine sachliche Auseinandersetzung mit der Thematik zu ermöglichen, bedarf es einer Betrachtung der gesellschaftlichen Entwicklungen und rechtlichen Entscheidungen der letzten Jahre und Jahrzehnte sowie einer Gegenüberstellung der wesentlichen Argumente in der Debatte. Der vorliegende Text skizziert zunächst die Entwicklung der Debatte um das Wahlalter in Deutschland seit den 1970er Jahren. Im Anschluss werden die zentralen Pro- und Kontra-Argumente sowie Forschungsergebnisse zur Diskussion um das Wahlrecht ab 16 Jahren dargestellt und eingeordnet.

2. Historische und rechtliche Entwicklung der Diskussion in Deutschland

Vor dem Hintergrund der damaligen Jugendproteste und zunehmender Forderungen nach mehr politischen Rechten für junge Menschen, beschloss der Bundestag am 18. Juni 1970 einstimmig eine Grundgesetzänderung, um das aktive Wahlalter von 21 auf 18 Jahre und das passive Wahlrecht von 25 auf 21 Jahre zu senken.⁷ 1975 wurden Volljährigkeit, passives und aktives Wahlalter schließlich einheitlich auf 18 Jahre festgesetzt.⁸ 20 Jahre später kam erneut Kritik auf. Ein Berliner Verein für Kinderrechte klagte 1995 gegen die Wahlaltersgrenze im Grundgesetz und setzte sich für ein Wahlrecht ab der Geburt ein. Begründung war, dass das Wahlrecht jeder Bürgerin und jedem Bürger zustehe und deshalb Kindern und Jugendlichen nicht vorenthalten werden solle.⁹ Diese Verfassungsbeschwerde wurde aus formellen Gründen – weil die Beschwerdefrist nicht eingehalten worden war – nicht zur Verhandlung zugelassen.¹⁰ 2014 reichten 15 Kinder und Jugendliche im Alter von 9 bis 17 Jahren aus denselben Gründen und mit demselben Ziel – die Abschaffung des Mindestwahlalters – zusammen mit der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen formal Einspruch gegen die Bundestagswahl 2013 ein.¹¹ 2019 gab es eine Wahlprüfungsbeschwerde von 14 Jugendlichen und dem Verein Mehr Demokratie e. V. gegen den Ausschluss von 16- und 17-Jährigen bei der EU-Wahl.¹² All diese Beschwerden gegen das Mindestwahlalter hat das Bundesverfassungsgericht bislang „als nicht hinreichend begründet“ abgelehnt. Das allgemeine Wahlrecht, das Demokratieprinzip und das Prinzip der Menschenwürde würden durch das geltende Wahlrecht nicht verletzt und der Gesetzgeber hätte seine Gestaltungskompetenz durch die Festlegung des Wahlmindestalters nicht überschritten.¹³

Auf europäischer Ebene finden sich zunehmend Befürworterinnen und Befürworter für das Wahlrecht ab 16. Der Europarat sowie das Europäische Parlament, letzteres mit einer Resolution zur Reform des Wahlrechts (2015/2035(INL)), empfehlen eine europaweite Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre.¹⁴ Bisher wurde das nationale aktive Wahlalter in Österreich (2007) und in Malta (2018) auf 16 gesenkt.¹⁵ In einigen weiteren Mitgliedstaaten wie Italien, Belgien und Deutschland wird das Thema seit einigen Jahren verstärkt diskutiert.

Mit Blick auf die Bundespolitik werben SPD, die Linke und insbesondere die Grünen seit langem für die Wahlaltersenkung auf 16 Jahre. Sie haben im Bundestag bereits diverse Gesetzentwürfe und Anträge¹⁶ eingebracht, in denen die Absenkung des aktiven Wahlalters gefordert wird. In der FDP war man sich lange Zeit uneinig, doch auf einen Antrag der Jungen Liberalen hin beschlossen die Freien Demokraten auf ihrem Bundesparteitag im September 2020, die Position der Befürworter einzunehmen und ebenfalls das Wahlrecht ab 16 zu fordern.¹⁷

Die Diskussion ist nicht neu: In der Gesellschaft finden sich stets Kritikerinnen und Kritiker des Wahlmindestalters.

Europarat und Europäisches Parlament empfehlen europaweite Absenkung des Wahlalters auf 16.

Seit langem von SPD, Linken und Grünen und seit kurzem von der FDP gefordert

3. Unterschiedliche Forderungen zur Wahlalterabsenkung

Neben der Forderung nach einer Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre gibt es weitere Änderungsforderungen von verschiedenen Politikerinnen und Politikern sowie Gruppierungen.

Eine dieser Forderungen ist die gänzliche **Abschaffung des Wahlmindestalters**. Eine Variante davon ist das in den Verfassungsbeschwerden des oben genannten Berliner Vereins für Kinderrechte und der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen geforderte **Kinderwahlrecht**. Dieses beinhaltet, dass Kinder und Jugendliche an Wahlen teilhaben könnten, sobald sie es möchten.¹⁸ Ein weiterer Vorschlag für ein Wahlrecht ohne Altersgrenze ist das **Elternwahlrecht**, welches 2003 in einem fraktionsübergreifenden, von den FDP-Politikern Hermann Otto Solms und Klaus Haupt initiierten¹⁹ Antrag im Bundestag gefordert wurde. In diesem, von bekannten Politikern wie dem ehemaligen Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse (SPD) unterstützten, Antrag wurde ein Wahlrecht vorgeschlagen, das ab der Geburt gilt und bis zu seiner Volljährigkeit treuhändisch von den Eltern ausgeübt wird.²⁰ Auf den vorherigen beiden Alternativen baut schließlich das **Stellvertreterwahlrecht** auf, zu dem 2008 ein weiterer fraktionsübergreifender Antrag eingereicht wurde. Die Antragstellerinnen und Antragsteller fordern hierin, dass Eltern stellvertretend für ihre Kinder wählen dürfen, bis diese eigenständig wählen möchten.²¹ Das Eltern- und das Stellvertreterwahlrechtsmodell werden von Befürworterinnen und Befürwortern des Kinderwahlrechts, die für ein persönliches Wahlrecht junger Menschen einstehen, kritisiert.²²

Schließlich gibt es auch die Forderung, das **Wahlalter auf 14 Jahre** zu senken. Die Deutsche Katholische Jugend sowie der Deutsche Kinderschutzbund gehören zu den Vereinigungen, die explizit die Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre fordern.²³ Viele, die das Wahlrecht ab 16 befürworten (z. B. das Deutsche Kinderhilfswerk, der Deutsche Bundesjugendring oder Mitglieder der Grünen), wünschen sich jedoch ebenfalls das Wahlrecht ab 14 im nächsten Schritt.²⁴ Bündnis 90/Die Grünen werden gemäß ihrem Bundesparteitagsbeschluss vom 22.11.2020 über ihr Grundsatzprogramm das Ziel verfolgen, „das Wahlalter deutlich ab[z]u senken“, was darauf hindeutet, dass die Bundespartei zukünftig geschlossen auch über das Wahlrecht ab 16 hinausgehende Senkungen des Wahlalters fordern dürfte.²⁵

Im Folgenden werden lediglich die zentralen Argumente für und gegen das aktive Wahlrecht ab 16 Jahren behandelt, da es sich hierbei um die am weitesten verbreitete und derzeit meistdiskutierte Forderung auf bundespolitischer Ebene handelt.

4. Pro-Argumente

Ein häufig verwendetes Argument für die Wahlaltersenkung ist die **Rechtsfähigkeit** von jungen Menschen in dem Sinne, dass Jugendlichen mit 16 Jahren bereits diverse andere Rechte und Pflichten zugestanden werden, die Verantwortungsbewusstsein erfordern. Die Absenkung des Wahlalters wäre laut Befürworterinnen und Befürwortern eine logische Ergänzung dazu, dass 16-Jährige bereits den Führerschein erwerben, ein Testament verfassen, vielerorts an Kommunalwahlen teilnehmen, in einer Partei Mitglied werden und eine Ausbildung beginnen können.²⁶ Auszubildende wiederum entrichten auch Steuern und Sozialabgaben. Sie sollten – so beispielsweise die Argumentation des SPD-Bundestagsabgeordneten Sönke Rix – in politischen Fragen zum Thema Ausbildung sowie darüber, wie das Steuer- und Sozialabgabensystem ausgestaltet wird, durch die Teilnahme an politischen Wahlen mitbestimmen dürfen.²⁷

Abschaffung der Altersgrenze – Einführung eines Kinder-/ Eltern- oder Stellvertreterwahlrechts

Wählen ab 14

Vorhandenes Verantwortungsbewusstsein und Rechtsfähigkeit

Als ein weiteres zentrales Argument für das Wahlalter ab 16 wird angeführt, dass Jugendliche mit 16 Jahren bereits die für eine Wahlentscheidung notwendige **Reife, Urteils- und Entscheidungsfähigkeit** besäßen.²⁸ Auch Bundesjugendministerin Giffey nutzt dieses Argument und verweist hierbei auf eine aktuelle Studie der gewerkschaftsnahen Otto-Brenner-Stiftung.²⁹ In der Studie wird jedoch keine konkrete Empfehlung für eine Absenkung des Wahlalters ausgesprochen, sondern lediglich geschlussfolgert, dass wenig „gegen eine Absenkung des Wahlalters spricht“.³⁰ Des Weiteren unterscheidet die Studie nicht hinreichend zwischen politischem Interesse und Reife. In ähnlicher Weise setzt der Deutsche Bundesjugendring in seiner Argumentation für das Wahlrecht ab 16 Verantwortungsbewusstsein mit politischer Reife gleich. Es wird auf ein Ergebnis der Shell-Jugendstudie 2006 verwiesen, wonach Jugendliche Wahlen sehr ernst nehmen und hohe Ansprüche an sich selbst stellen würden.³¹ Dem hält beispielsweise der 15-jährige Jungautor Leonard Gessner in der *WELT* entgegen, dass Jugendliche das Wahlrecht ab 16 vermehrt ablehnen würden, gerade weil sie Wahlen ernst nehmen und sich eingestehen würden, dass sie noch nicht über den notwendigen Kenntnisstand verfügen und sich eine qualifizierte Wahlentscheidung noch nicht zutrauen.³² Demnach sei politische Reife nicht mit einer verantwortungsvollen oder ernststen Haltung gegenüber Wahlen gleichzusetzen.

Reife, Urteils- und
Entscheidungsfähig-
keit Jugendlicher

Des Weiteren führen Fürsprecherinnen und Fürsprecher als Argument an, dass junge Menschen **politisch interessiert** seien³³, **mitbestimmen wollen würden** und diesem Willen durch die Wahlaltersenkung entsprochen werden müsse.³⁴ Durch das Wahlrecht ab 16 würde es Jugendlichen ermöglicht, ihre Zukunft selbst mitzugestalten, so die NRW-Landtagsabgeordnete Josefine Paul von Bündnis 90/ Die Grünen.³⁵ Die Ergebnisse der Shell-Jugendstudie von 2019 legen in der Tat nahe, dass das politische Interesse von Jugendlichen heutzutage wieder größer ist als in den Jahren nach der Jahrtausendwende. Zuletzt bezeichneten sich 41 Prozent der 12- bis 25-Jährigen als politisch interessiert, während 2002 nur 30 Prozent der Befragten dieser Altersgruppe politisches Interesse angaben. Allerdings ist das Interesse seit 2015 (43 Prozent) leicht gesunken.³⁶ Die Jugendstudie von *BRAVO* und YouGov von 2017 und eine Studie des Opaschowski-Instituts für Zukunftsforschung von 2019 weisen außerdem darauf hin, dass junge Menschen (14- bis 17-Jährige) sich mehr politischen Einfluss wünschen.³⁷ Es ist jedoch unklar, ob Unter-18-Jährige tatsächlich mehrheitlich eine Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16 befürworten. Die Bertelsmann Stiftung verweist lediglich auf eine von dem Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) nachgewiesene Tendenz unter 16- bis 17-Jährigen, die Wahlaltersenkung auf 16 zu befürworten.³⁸

Politisches Interesse
und Wunsch, mitzu-
gestalten

Schließlich wird zugunsten des Wahlrechts ab 16 Jahren argumentiert, dass es **demokratie- und partizipationsfördernd** wirke. Die Otto-Brenner-Stiftung weist darauf hin, dass die Absenkung einem größeren Teil der Bevölkerung eine Mitwirkung an Wahlen ermögliche.³⁹ Außerdem wird in diesem Zusammenhang hervorgehoben, dass Jugendliche früher an die direkte demokratische Teilhabe herangeführt würden, was wiederum ihr politisches Urteilsvermögen schärfe.⁴⁰ Robert Vehrkamp, Niklas Im Winkel und Laura Konzelmann von der Bertelsmann-Stiftung argumentieren beispielsweise, dass eine Wahlaltersenkung die Wahlgewohnheiten von jungen Menschen festigen könne und somit längerfristig zur Erhöhung der Gesamtwahlbeteiligung beitrage.⁴¹

Demokratie- und
partizipationsför-
dernde Wirkung

Andere Stimmen bezweifeln demgegenüber, dass eine Senkung des Wahlalters eine größere Wahlbeteiligung von Jüngeren mit sich bringe. Der Politikwissenschaftler Carsten Koschmieder vom Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin gibt zu bedenken, dass das Interesse, zur Wahl zu gehen, unter jungen Menschen erfahrungsgemäß gering ausgeprägt sei und erst mit steigendem Alter zunehme.⁴² Damit einhergehend zeigen ältere Analysen der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages, dass die Wahlbeteiligung der 16- bis 17-Jährigen bei Landtags- bzw. Kommunalwahlen unmittelbar nach der Absenkung des Wahlmindestalters sowie in den

darauffolgenden Jahren in den meisten Fällen unterhalb der jeweiligen durchschnittlichen Wahlbeteiligung lag.⁴³

5. Kontra-Argumente

Gegen eine Senkung des Wahlalters wird häufig das Argument der **Mündigkeit** aufgebracht. Kritikerinnen und Kritiker einer Absenkung – wie etwa CSU-Generalsekretär Markus Blume und der erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Michael Grosse-Brömer – sprechen sich gegen eine Entkoppelung des Wahlalters von den restlichen Bürgerrechten und -pflichten aus, die erst mit der Vollendung des 18. Lebensjahres gelten.⁴⁴ Zu ihrem eigenen Schutz würde das Gesetz jungen Menschen erst im Alter von 18 Jahren die volle Verantwortung für ihr Handeln übertragen, so Jan-Marco Luczak, rechtspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Minderjährigen komplexe politische Entscheidungen zuzumuten, die alle Bundesbürgerinnen und Bundesbürger betreffen, stünde im Widerspruch zu diesem Prinzip.⁴⁵ Als Gegenargument zu dieser Position nennt Hermann Heußner, Professor für Öffentliches Recht und Recht der Sozialen Arbeit an der Hochschule Osnabrück, dass nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 2019 auch (an Demenz erkrankte) Vollbetreute an politischen Wahlen teilnehmen dürfen.⁴⁶ Sechzehn- und 17-Jährigen das Wahlrecht vorzuenthalten, sei demgegenüber als „verfassungswidrig“ zu beurteilen.⁴⁷

Koppelung von Wahlrecht und Mündigkeit

Als weiteres zentrales Argument gegen eine Wahlaltersenkung wird von Politikerinnen und Politikern sowie von wissenschaftlicher Seite angeführt, dass 16-jährige Jugendliche noch nicht über die notwendige **politische Reife** verfügen würden, die sie für die Teilnahme an Wahlen benötigen würden.⁴⁸ Jugendliche seien hinsichtlich ihrer kognitiven Entwicklung⁴⁹ und ihres politischen Wissens noch nicht bereit für das Wählen ab 16, zumal auch die schulischen Lehrpläne hierauf nicht ausgerichtet seien.⁵⁰ Damit einhergehend argumentiert der bereits zitierte Leonard Gessner, dass sich Unter-18-Jährige häufiger nicht zutrauten, eine qualifizierte Stimme abzugeben und auch nicht wählen wollten.⁵¹ Hierfür gibt es auch wissenschaftliche Belege. Stephan Eisel von der Konrad-Adenauer-Stiftung verweist in einer Analyse von 2016 auf diverse regionale und überregionale Studien, die ergaben, dass Jugendliche aus verschiedenen Teilen Deutschlands mehrheitlich keine Absenkung des Wahlalters wünschen.⁵² Im Kontext mangelnder politischer Reife wird auch das Argument der Beeinflussbarkeit genannt. Jugendliche könnten leichter von Familie und sozialem Umfeld in ihren politischen Entscheidungen beeinflusst werden.⁵³ Wissenschaftliche Erkenntnisse legen zudem nahe, dass Jüngere für Fake-News überproportional empfänglich sind.⁵⁴

Mangelnde politische Reife und fehlender Wunsch, früher wählen zu dürfen

Nicht zuletzt verweisen kritische Stimmen auf eine **fehlende Notwendigkeit** und **Dringlichkeit** der Wahlalterabsenkung. Der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Jan-Marco Luczak verweist auf die Klimaschutzdebatte, die gezeigt habe, dass junge Menschen heutzutage andere Möglichkeiten haben und nutzen, um sich politisch zu beteiligen und ihre Forderungen in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen.⁵⁵ Die Ergebnisse der Shell-Jugendstudie 2019 deuten darauf hin, dass junge Menschen heutzutage politisch interessierter sind als etwa vor zehn oder fünfzehn Jahren. Einhergehend mit der Bestandsaufnahme über die Präferenz anderer Möglichkeiten politischer Teilhabe unter Jugendlichen konstatiert Elisabeth Hoffmann in einer Metastudie der Konrad-Adenauer-Stiftung von Oktober 2020 jedoch, dass Jugendliche häufig nicht mehr viel von traditionellen parteipolitischen Strukturen sowie von institutioneller Politik halten und sich stattdessen lieber durch die Teilnahme an Bewegungen, wie beispielsweise Fridays for Future, politisch engagieren und Gehör verschaffen wollen.⁵⁶

Fehlende Notwendigkeit und Dringlichkeit

Schließlich gibt es auch aus empirischer Sicht Einwände gegen die Absenkung des Wahlalters. Studienergebnisse des Instituts für Demoskopie Allensbach von 2015 zeigen, dass sich eine **große Mehrheit** – 80 Prozent der Deutschen – wünscht, das Wahlmindestalter für Bundestagswahlen bei **18 Jahren zu belassen**.⁵⁷ Eine aktuelle Civey-Umfrage ergab ebenfalls, dass nur 26 Prozent der Befragten eine Absenkung des Wahlalters befürworten.⁵⁸ Gegnerinnen und Gegner einer Absenkung des Wahlalters schlussfolgern hieraus, dass die entsprechende politische Forderung keinen starken Rückhalt in der Bevölkerung finde oder zumindest auf geringes Interesse stoße.

Große Mehrheit der Deutschen möchte keine Absenkung des Wahlalters.

6. Schlussüberlegungen

Bei der Absenkung des Wahlalters handelt es sich um ein politisches Modethema, das ähnlich wie beispielsweise das Tempolimit auf Autobahnen seit Jahrzehnten regelmäßig Einkehr in politische Debatten findet. Neu an der derzeit wieder aufgebrachten Diskussion ist, dass unter den Oppositionsparteien nun auch die FDP die Forderung um das Wahlrecht ab 16 Jahren unterstützt. Es werden jedoch kaum neue Argumente oder akute gesellschaftliche Gründe für die Wahlaltersenkung genannt. Ebenso gab es keine Umschwung der öffentlichen Meinung und der Großteil der deutschen Bevölkerung spricht sich nach wie vor für die Beibehaltung des Wahlmindestalters von 18 Jahren aus. Des Weiteren gibt es keine Anhaltspunkte dafür, dass sich ein Großteil der Unter-18-Jährigen selbst eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre wünscht. Schließlich ist mit Blick auf die Forderungen der Befürworterinnen und Befürworter zu erwarten, dass die Debatte nach einer etwaigen Wahlaltersenkung auf 16 Jahre nicht beendet wäre. Im Anschluss stünden mit großer Wahrscheinlichkeit die Absenkung auf 14 Jahre beziehungsweise eine gänzliche Abschaffung der Wahlaltersgrenze im Raum. Da aktuell keine neuen Argumente, gesellschaftliche Gegebenheiten oder empirische Befunde für eine Änderung des Wahlalters auf Bundesebene sprechen, liegt die Vermutung nahe, dass nicht zuletzt wahltaktische Überlegungen hinter der Forderung um die Wahlaltersenkung stehen.

- 1 Vgl. *Spiegel Online* vom 30.07.2020, zit. nach <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/wahlrecht-ab-16-franziska-giffey-spd-will-wahlalter-absenken-a-8f9b70d7-7e27-4830-a60e-b22f38df06a4> (abgerufen am 8.10.2020).
- 2 Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 22.06.2020, zit. nach <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bundesjustizministerin-lambrecht-fuer-wahlrecht-ab-16-16826412.html> (abgerufen am 8.10.2020).
- 3 Vgl. Stellungnahmen von Markus Blume und Michael Grosse-Brömer in *Spiegel Online* vom 30.07.2020. Vgl. hierzu auch *n-tv.de*, zit. nach <https://www.n-tv.de/politik/Justizministerin-plaedierte-fuer-Wahlrecht-ab-16-article21862310.html> (abgerufen am 8.10.2020).
- 4 Vgl. *Focus Online* vom 20.09.2020, zit. nach https://www.focus.de/politik/deutschland/entlarvendes-demokratieverstaendnis-streit-um-absenkung-des-wahlalters-auf-16-altmaier-tweet-sorgt-fuer-empoeerung_id_12453219.html (abgerufen am 8.10.2020).
- 5 Vgl. Kommentar von Demokratieforscher Robert Verkamp in *Deutsche Welle* vom 04.08.2020, zit. nach <https://www.dw.com/de/w%C3%A4hlen-schon-mit-16/a-54430089> (abgerufen am 28.10.2020).
- 6 Vgl. Statista Research Department: Altersgrenzen bei ausgewählten Wahlen in Deutschland im Jahr 2020 nach Bundesländern, in: *Statista.com* vom 09.03.2020, zit. nach <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1102383/umfrage/altersgrenzen-bei-wahlen-in-deutschland-nach-bundeslaendern/> (abgerufen am 8.10.2020).
- 7 Vgl. Deutscher Bundestag: Bundestag ermöglicht 18- bis 20-Jährigen zu wählen, *Textarchiv 2012*, zit. nach https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2012/39287766_kw23_kalender_wahlalter-208734 (abgerufen am 8.10.2020).
- 8 Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung vom 17.06.2020, zit. nach <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/311559/vor-50-jahren-wahlrecht-fuer-18-jaehrige> (abgerufen am 8.10.2020).
- 9 Vgl. K.R.Ä.T.Z.A Internetseite: FAQ – Warum klagt Ihr Euer Wahlrecht ein?, zit. nach <http://kraetzae.de/wahlrecht/fragen/#warum> (abgerufen am 8.10.2020).
- 10 Vgl. Pressemitteilung von K.R.Ä.T.Z.Ä vom 29.01.1996, zit. nach <http://kraetzae.de/wahlrecht/verfassungsbeschwerde/presse2/> (abgerufen am 8.10.2020).
- 11 Vgl. *Spiegel Online* vom 13.07.2014, zit. nach <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/wahlrecht-kinder-ziehen-vor-bundesverfassungsgericht-a-980757.html> (abgerufen am 8.10.2020).
- 12 Vgl. Pressemitteilung von Mehr Demokratie e. V. vom 23.12.2019, zit. nach <https://www.mehr-demokratie.de/presse/einzelansicht-pms/news/wahlpruefungsbeschwerde-beim-bundesverfassungsgericht-ingereicht-2/> (abgerufen am 8.10.2020).
- 13 Vgl. Schriftliche Antwort des Bundesverfassungsgerichts auf die Wahlprüfungsbeschwerde u. a. vom 8. Juli 2014, zit. nach <https://generationengerechtigkeit.info/wp-content/uploads/2016/05/bverfgschreiben.pdf> (abgerufen am 9.10.2020).
- 14 Vgl. Pleschberger Johannes: *Nach Österreich und MALTA. Wählen ab 16 bald in ganz Europa?*, in: *euronews* vom 12.09.2018, zit. nach <https://de.euronews.com/2018/09/12/nach-osterreich-und-malta-wahlen-ab-16-bald-in-ganz-europa> (abgerufen am 8.10.2020).
- 15 Ebd.
- 16 Vgl. Gründinger, Wolfgang: *Wahlrecht ohne Altersgrenze. Demokratietheoretische, jugendsoziologische und politische Hintergründe einer überfälligen Reform. Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen*, 2013, S.5.
- 17 Vgl. Pressemitteilung auf der Website der Jungen Liberalen vom 19.09.2020, zit. nach <https://www.julis.de/2020/09/julis-fdp-beschliesst-wahlrecht-ab-16/> (abgerufen am 8.10.2020).
- 18 Siehe u. a. Drucksache 16/6647; 17/12063; 19/13512 bzgl. eingereichter Anträge und Drucksache 16/12345; 17/13238; 17/5896 bezgl. eingereichter Gesetzentwürfe
- 19 Vgl. *Spiegel Online* vom 10.08.2003, zit. nach <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/familien-wahlrecht-fuer-kinder-a-260664.html> (abgerufen am 9.10.2020).
- 20 Vgl. Bundestagsdrucksache 15/1544
- 21 Vgl. Bundestagsdrucksache 16/9868
- 22 Vgl. Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen: *Wahlrecht für Jugendliche und ältere Kinder – Demokratietheoretische, jugendsoziologische, und politische Hintergründe einer überfälligen Reform*. Stuttgart, September 2017, zit. nach https://generationengerechtigkeit.info/wp-content/uploads/2018/04/PP-Wahlrecht_2018.pdf (abgerufen am 8.10.2020), S.17.
- 23 Vgl. Deutscher Bundestag: *Expertinnen fordern Senkung des Wahlalters*, *Textarchiv 2019*, zit. nach https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2015/kw27_pa_kiko-380224 (abgerufen am 8.10.2020). Vgl. auch Pressemitteilung des Deutschen Kinderschutzbundes vom 12.19.2019, zit. nach <https://www.dksb.de/de/artikel/detail/pm-kinderschutzbund-fordert-wahlrecht-ab-14-jahren/> (abgerufen am 8.10.2020).
- 24 Vgl. Deutsches Kinderhilfswerk: *Eine Auseinandersetzung mit Argumenten gegen eine Absenkung der Altersgrenzen bei politischen Wahlen*. Berlin, August 2016. Vgl. dazu auch Deutscher Bundesjugendring: *Das Wahlalter muss sinken* (18.01.2019), und *Ausrufe von Grünen-Abgeordneten bei der Rede von Paul Lehrieder, MdB Wahlen sind kein Spiel* am 13.11.2014 im Deutschen Bundestag.

- 25 Vgl. Beschlusstext der Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen vom 22.11.2020, zit. nach https://antraege.gruene.de/45bdk/kapitel_5_demokratie_staerken-20515 (abgerufen am 22.11.2020).
- 26 Vgl. Müller-Neuhof, Jost: 16 oder 18 Jahre – ab wann soll man wählen dürfen?, in: *Tagesspiegel* vom 04.03.2019, zit. nach <https://www.tagesspiegel.de/politik/wahlrecht-fuer-jugendliche-16-oder-18-jahre-ab-wann-soll-man-waehlen-duerfen/24061134.html> (abgerufen am 9.10.2020). Vgl. hierzu auch, zit. nach Rix, Sönke: SPD-Sprecher fordert Öffnung der Wahlen für Jugendliche in: *vorwärts* vom 01.07.2015, zit. nach <https://www.vorwaerts.de/artikel/spd-sprecher-fordert-oeffnung-wahlen-jugendliche> (abgerufen am 9.10.2020).
- 27 Vgl. Rix 2015
- 28 Vgl. Deutsches Kinderhilfswerk 2016 und Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen 2018
- 29 Vgl. Schaible, Jonas: Studie über Wahlrecht ab 16: So reif wie Erwachsene, in: *Spiegel Online* vom 30.07.2020, zit. nach <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/studie-zur-wahl-mit-16-jugendliche-sind-so-muendig-wie-junge-erwachsene-a-0b68fb08-3088-420e-ad7a-799fd828ef91> (abgerufen am 8.10.2020).
- 30 Zit. nach Faas, Thomas: Wählen mit 16? Ein empirischer Beitrag zur Debatte um die Senkung des Wahlalters. Otto-Brenner-Stiftung, Frankfurt am Main, 2020, S. 53.
- 31 Vgl. Deutscher Bundesjugendring 2019
- 32 Vgl. Gessner, Leonard: Wahlrecht mit 16? Ich bin 15 und dagegen, in *DIE WELT* vom 08.09.2020, zit. nach <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article215153964/Demokratie-Wahlrecht-mit-16-Ich-bin-15-und-dagegen.html> (abgerufen am 9.10.2020).
- 33 Vgl. Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen 2018, S. 10.
- 34 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 13.08.2020, zit. nach <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/freising/freising-junge-politiker-fuer-wahlrecht-ab-16-1.4997664> (abgerufen am 9.10.2020).
- 35 Vgl. Paul, Josefine: Nehmt die Kinder ernst: Kinderrechte ins Grundgesetz (Website der Grünen-Fraktion NRW) vom 08.07.2020, zit. nach <https://gruene-fraktion-nrw.de/detail/nachricht/nehmt-die-kinder-ernst-kinderrechte-ins-grundgesetz.html> (abgerufen am 9.10.2020).
- 36 Vgl. Shell-Jugendstudie 2019, zit. nach https://www.shell.de/ueber-uns/shell-jugendstudie/_jcr_content/par/top-tasks.stream/1570810209742/9ff5b72cc4a915b9a6e7a7a7b6fdc653cebd4576/shell-youth-study-2019-flyer-de.pdf (abgerufen am 9.10.2020).
- 37 Vgl. Pressemitteilung von YouGov vom 18.07.2017, zit. nach <https://yougov.de/news/2017/07/18/politische-jugendstudie-von-bravo-und-yougov-teena/>. Vgl. hierzu auch Leipziger Volkszeitung vom 22.03.2018, zit. nach <https://www.lvz.de/Nachrichten/Politik/Eine-Studie-belegt-Jugendliche-fordern-mehr-politisches-Mitspracherecht> (abgerufen am 9.10.2020).
- 38 Vgl. Verkamp, Robert; Im Winkel, Niklas; & Konzelmann Laura: Wählen ab 16 – Ein Beitrag zur nachhaltigen Steigerung der Wahlbeteiligung. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, 2015, S. 78. Vgl. dazu auch Eisel, Stephan: Jugendliche wollen keine Absenkung des Wahlalters, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 6. Juni 2016, zit. nach <https://www.kas.de/de/einzelartikel/-/content/jugendliche-wollen-keine-absenkung-des-wahlalters1> (abgerufen am 9.10.2020).
- 39 Vgl. Faas 2020
- 40 Vgl. Stellungnahme von Winfried Kretschmann in der Stuttgarter Zeitung vom 23.05.2019, zit. nach <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.debatte-um-wahlrecht-kretschmann-will-wahlalter-auf-16-senken.4354a2d8-4588-429a-adee-a7a824d4ee44.html> (abgerufen am 9.10.2020).
- 41 Vgl. Verkamp, Im Winkel & Konzelmann, 2015, S. 8.
- 42 Vgl. Stellungnahme von Carsten Koschmieder im *Tagesspiegel* vom 07.12.2015, zit. nach <https://www.tagesspiegel.de/politik/bertelsmann-studie-erhoeht-waehlen-mit-16-die-wahlbeteiligung/12689824.html> (abgerufen am 9.10.2020).
- 43 Vgl. Eisel, Stephan: Wählen ab 16? Wahlalter und Volljährigkeit, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2013, S. 53. Vgl. hierzu auch Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages: Wahlrecht ab 16 – Regelungen und Erfahrungen, Ausarbeitung WD 3 – 3000 – 135/10 Berlin, 2010, S. 7–19 und *Sinkende Wahlbeteiligung in Deutschland – Ursachen und Lösungsvorschläge*, Ausarbeitung WD 1 – 3000 – 008/15, Berlin, 2015, S. 22.
- 44 Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 22.06.2020. Vgl. hierzu auch *Frankfurter Rundschau* vom 30.07.2020, zit. nach <https://www.fr.de/politik/waehlen-schon-mit-16-spd-gruene-und-linke-dafuer-csu-skeptisch-90015353.html> (abgerufen am 9.10.2020).
- 45 Vgl. Jan-Marco Luczak: Wahlberechtigung und Volljährigkeit gehören zusammen, Pressestatement vom 22.06.2020.
- 46 Vgl. Becker, Markus: „17-Jährige auszuschließen, ist Verfassungsbruch“, in: *Spiegel Online* vom 18.04.2019, zit. nach <https://www.spiegel.de/politik/ausland/interview-mit-hermann-heussner-zum-wahlrecht-fuer-17-jaehrige-a-1263557.html> (abgerufen am 9.10.2020).
- 47 Ebd.
- 48 Vgl. Chan, T. W., & Clayton, M. (2006). Should the voting age be lowered to sixteen? Normative and empirical considerations. *Political studies*, 54(3), 533-558., Vgl. dazu auch Paul Lehrieder MdB, Rede im Deutschen Bundestag vom 14. 11.2014.
- 49 Vgl. Wissenschaftliche Dienste des Bundestages 2010, S. 16.

- 50 Vgl. Gessner, Leonard: Wahlrecht mit 16? Ich bin 15 und dagegen, in *DIE WELT* vom 08.09.2020, zit. nach <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article215153964/Demokratie-Wahlrecht-mit-16-Ich-bin-15-und-dagegen.html> (abgerufen am 9.10.2020).
- 51 Ebd.
- 52 Vgl. Eisel 2016
- 53 Vgl. Beitrag von Juliane Fliegenschmidt, WDR, in: Tagesschau, vom 15.09.2017, zit. nach <https://www.tagesschau.de/inland/btw17/procontra-wahl-jugendliche-101.html> (abgerufen am 9.10.2020).
- 54 Vgl. WDR-Interview mit Heiko Wolf, Medienpädagoge vom 17.12.2016. zit. nach <https://www1.wdr.de/fernsehen/aktuelle-stunde/fake-news-folgen-kinder-100.html> (abgerufen am 9.10.2020).
- 55 Vgl. Jan-Marco Luczak: Wahlberechtigung und Volljährigkeit gehören zusammen, Pressestatement vom 22.06.2020.
- 56 Vgl. Hoffmann, Elisabeth: *Generation friedliche Revolution – Jugend 2020*. Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Oktober 2020, S. 19.
- 57 Vgl. *Süddeutsche Zeitung* vom 07.12.2015, zit. nach <https://www.sueddeutsche.de/politik/wahlen-umfrage-mehrheit-haelt-nicht-viel-von-wahlrecht-fuer-16-jaehrige-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-151207-99-140267> (abgerufen am 9.10.2020).
- 58 Vgl. Civey-Umfrage von 2020: Sollte das Wahlalter bei Bundestags-, Landtags-, Kommunal- und Europawahlen auf 16 Jahre festgelegt werden?, <https://civey.com/umfragen/10168/sollte-das-wahlalter-bei-bundestags-landtags-kommunal-und-europawahlen-auf-16-jahre-festgelegt-werden> (abgerufen am 9.10.2020).

Impressum

Die Autorin

Natalie Klauser ist Referentin für den Themenbereich Demographischer Wandel in der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Natalie Klauser

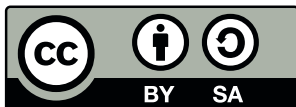
Demographischer Wandel
Analyse und Beratung
T +49 30 / 26 996-3746
natalie.klauser@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2020, Berlin
Gestaltung: yellow too, Pasiek Horntrich GbR
Satz: Janine Höhle, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-95721-810-0



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

Bildvermerk Titelseite

© anatoliycherkas, stock.adobe.com; Carola Vahldiek, stock.adobe.com